

PRO UND KONTRA

Alle Kräfte sind gefragt

Rösle Eberle: «Mit den Initiativvorschlägen des Fürsten und des Erbprinzen bekäme das Volk Rechte, die es gar nicht will», erklärte Rösle Eberle. Mit der Bemerkung, dass in Liechtenstein das Chaos ausbrechen würde, wenn der Fürst nicht mehr im Land wohne, sei ihr bewusst geworden, dass der Landesfürst den Untergang der Erbmonarchie in Kauf nehme. «Es wird in Zukunft den Einsatz und das Engagement von allen Kräften in unserem Lande brauchen – und zwar wirklich von allen», so Rösle Eberle. Sie werde für die Friedensinitiative stimmen, die das Volk ernst nehme und jene Fragen behandle, die wirklich geklärt werden müssten.



Was danach?

Marlen Jäger: «Was passiert am Tag danach? Wie geht die Partei mit den Mitgliedern um, die der Fürsteninitiative kritisch gegenüberstanden?» Diese Fragen stellte Marlen Jäger und appellierte an die Partei, die Gräben, die zwischen «guten» und «bösen» FDPlern entstanden sind, von Misstrauen zu räumen, bevor man sie wieder zuschüttele. Für Marlen Jäger ist die Fürsteninitiative identisch mit dem grünen Büchlein aus dem Jahr 2000. Man habe über den Inhalt diskutiert und mit dem Fürsten verhandelt. Die Knackpunkte aber, die seien stehen geblieben. Aus diesem Grund könne sie der Fürsteninitiative nicht zustimmen.



Für die Demokratie

Herbert Batliner: «Wir sind Demokraten. Die FDP war immer eine demokratische Partei», plädierte Herbert Batliner dafür, an den demokratischen Prinzipien festzuhalten. Auch dürfe man nicht vergessen, dass 6200 Liechtensteiner die Initiative des Fürstenhauses unterschrieben hätten. Das sei das Fundament und die FDP habe nun den Auftrag, dieses Votum zu verwirklichen. Das doppelte «Nein» sei in diesem demokratischen Grundverständnis nicht angesagt, schon weil die VU sich dafür entschieden habe. Auch ginge es nun nicht mehr um die Verfassung von 1921. Die Liechtensteiner seien aufgerufen, am 14./16. März über die neue Verfassung zu befinden. Mit Hirn und Herz.



Ein konstruktives «Ja»

Hansrudi Sele: «Zur Verfassungsfrage gibt es viele Meinungen. Man kann sehr wohl sagen, dass niemand die volle Wahrheit für sich gepachtet hat. Je nach Blickwinkel sieht die Wahrheit etwas anders aus», so Hansrudi Sele. Er sprach sich für ein konstruktives «Ja» für die Verfassungsinitiative des Fürstenhauses aus, um den jahrelangen Verfassungsstreit zu beenden. Trotzdem zeigte er sich über das Reformprozedere ebenso «masslos enttäuscht» wie über den Kommunikationsstil des Fürsten. «Ich denke, es gäbe mehrere denkbare Lösungsmodelle und nicht nur eine einzige richtige Lösung», so Hansrudi Sele. Dennoch wolle er diesem Verfassungskompromiss zustimmen.



«Ja zum gemeinsamen Weg»

Regierungschef Otmar Hasler am FDP-Parteitag zur Verfassungsdiskussion

VADUZ – Er setze sich mit seiner ganzen Kraft dafür ein, dass die einmalige Verbindung von Monarchie und Demokratie in Liechtenstein erhalten bleibe, sagte Regierungschef Otmar Hasler gestern am FDP-Parteitag. Aus diesem Grund trete er mit Überzeugung für die miteinander ausgehandelte Initiative des Fürstenhauses ein.

• Martin Frommelt

Wie der Regierungschef ausführte, hätte die lange Verfassungstradition und die gute Erfahrung mit dem Haus Liechtenstein auch dazu geführt, dass das Bekenntnis zur heutigen Staatsform in der FDP sehr breit abgestützt sei. «Herkunft, Tradition und Identität unseres Staates hängen eng mit dem Haus Liechtenstein zusammen. Diese Verbundenheit soll auch in Zukunft Bestand haben», bemerkte Hasler zur Haltung der Regierung in der Verfassungsfrage.

Unterstellungen und Unwahrheiten

Hasler sagte, er würde unterschiedliche Wertungen und Standpunkte durchaus akzeptieren, nicht jedoch gezielte Unterstellungen und Unwahrheiten. Deshalb rufe er auch für die kommenden Wochen bis zur Volksabstimmung zu fairem Umgang und zur Sachlichkeit auf. In diesem Zusammenhang äusserte sich der Regierungschef zur Oppositionspolitik. Otmar Hasler: «Auch die Opposition trägt Verantwortung in Bezug auf das politische Klima im Land. Was ich da zu hören und lesen bekomme, geht allzu oft nach dem Motto: «Wenn Unwahrheiten oder Halbwahrheiten nur genügend verbreitet werden, werden das die Menschen schon irgendwann glauben.» Dazu gehört die Mär, dass die Regierung nichts bewege. Es ist den Menschen schon klar, wo überall die Regierung mühsam Korrekturen einleiten musste, bevor überhaupt einzelne Schwerpunkte umgesetzt werden konnten. Leider war mehr zu korrigieren, als wir ohnehin befürchtet hatten und es war weniger an konzeptionellen Vorbereitungen vorhanden, als wir erhofft hatten.»



«Das Machtgleichgewicht zwischen Fürst und Volk bleibt erhalten»: Regierungschef Otmar Hasler zur Initiative des Fürstenhauses.

Eine Belastung

Was die langjährige Verfassungsdiskussion betrifft, so sei «dieses Hinausschieben oder Aussitzen des schwelenden Konfliktes» innenpolitisch zu einer Belastung geworden, die zu viele Kräfte bindet und am Grundkonsens, dem Bekenntnis zu unserer Staatsform, nagt, so Regierungschef Hasler.

«Doppeltes Nein keine Lösung»

Der von der VU-Führung-propagierte Weg des doppelten Neins kann nach Haslers Überzeugung keine Lösung sein: «Nach über zehn Jahren Auseinandersetzung über einzelne, wesentliche Bestimmungen der Verfassung, nach einer Auseinandersetzung, die den Grundkonsens, nämlich die Teilung der Staatsgewalt in Fürst und Volk brüchig werden liess, eine Nichtentscheidung zu treffen, ist keine Lösung, weil sie die Frage, in

welche Richtung sich die Verfassung weiter entwickelt, nicht entscheidet.»

Machtgleichgewicht bleibt

Zur Vorlage der Fürsteninitiative bemerkte der Regierungschef: «Der nun, nach zähen Verhandlungen zustande gekommene Kompromiss in der Form der Initiativvorlage des Fürsten und des Erbprinzen, mag vielen zu wenig weit gehen, aber er hält sich an die Struktur der heutigen Verfassung und verändert das Machtgleichgewicht zwischen Fürst und Volk nicht.»

Nein zur Gegeninitiative

Der Vorschlag des Komitees für Verfassungsfrieden, die Verfassung in Richtung einer repräsentativen Monarchie zu revidieren, sei legitim und deshalb nicht als schlecht zu qualifizieren. Die Frage gehe jedoch dahin, ob wir diesen Weg einschlagen wollen und ob es zu einer Einigung der zwei Träger der

Staatsgewalt, Fürst und Volk, komme. «Bis heute ist dies nicht der Fall», gab der Regierungschef zu bedenken.

Ja zur Kompromisslösung

Hasler wies darauf hin, dass es kein europäisches Land gibt, in dem das Volk direkt so viele Rechte ausüben kann. Diese ausgeprägte direkte demokratische Beteiligung des Volkes sei den starken Rechten des Monarchen gegenüberzustellen. Er sei überzeugt, dass der Kleinstaat Liechtenstein mit der Verbindung von Demokratie und Monarchie eine Verfassungsordnung habe, die auf das Land zugeschnitten sei und die auch Zukunft habe, so Regierungschef Hasler: «Das Volk in Liechtenstein hat starke Möglichkeiten der Mitbestimmung. Der vorliegende Kompromiss in Form der Initiative des Landesfürsten und des Erbprinzen ermöglicht diesen gemeinsamen Weg fortzusetzen. Deshalb bittet ich Sie, ein Ja für diesen Weg einzulegen.»



355 Stimmberechtigte sorgten gestern Abend beim Parteitag der Bürgerpartei im Vaduzer Saal für einen Grossaufmarsch.